

# Aus der Balance

Für **Kardinal Reinhard Marx** kann es ohne soziale Gerechtigkeit keine Freiheit geben.

Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenzahlen sind auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung - Deutschland scheint die Folgen der schweren Krise Europas bisher kaum zu spüren. Finanzexperten sprechen sogar davon, dass der Wohlstand in unserem Land nie größer war als heute. Zugleich erleben wir, dass Unzufriedenheit, Unsicherheit und das Gefühl von sozialer Ungerechtigkeit gerade in den mittleren und unteren Schichten unserer Gesellschaft zunehmen.

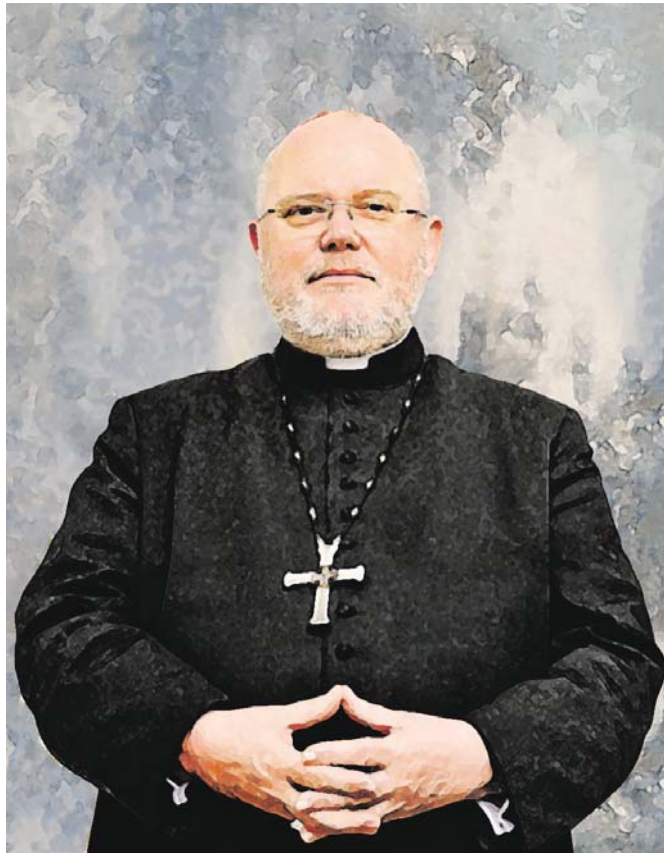
So wie auch bei der jüngsten Diskussion um den Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht es dabei häufig um die Verteilung des Kapitalvermögens. Eine faire Lohnentwicklung, auskömmliche Einkommen und Renten sind weitere wichtige Indikatoren dafür, wie ernst es eine Gesellschaft mit der sozialen Gerechtigkeit nimmt. Und hier gibt es Grund zur Wachsamkeit, denn eine wachsende Lohnspreizung oder Dumpinglöhne jenseits sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gefährden den Zusammenhalt des Gemeinwesens. Die Mittelschicht gerät „unter Druck“.

Doch um das wachsende Unbehagen zu erklären, greift der Blick auf diese Themen zu kurz. Geldvermögen allein führt noch nicht zur Selbstverwirklichung, aber viele Menschen haben das Gefühl, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und vor allem in denen ihrer Kinder durch fehlende finanzielle Mittel benachteiligt oder gar ausgeschlossen zu sein. Dieses Gefühl wirkt lähmend auf den Einzelnen und hat massive Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Wie ist es um die Freiheit des Einzelnen bestellt in unserer Gesellschaft? Ohne Zweifel sind die Freiheitsräume größer geworden. Und ohne Zweifel geht damit ein Gewinn an Möglichkeiten für jeden Einzelnen einher. Gleichzeitig aber wird das Leben dadurch komplexer. Unsere freiheitliche Ordnung funktioniert dann, wenn sich die Mehrheit der Menschen für die positive Dynamik der Freiheit entscheidet. Problematisch wird es indes, wenn die Verunsicherung zunimmt, der „Stress“ in der Arbeit stärker wird, Orientierung verloren geht und die Menschen nicht befähigt werden, mit den neuen Herausforderungen souverän umzugehen und so Verantwortung für das eigene Leben und die Gesellschaft zu übernehmen.

Freiheit ist ein Grundthema der Katholischen Soziallehre. Sie wird dem Menschen vom Schöpfer geschenkt, ist Ausdruck der Gottebenbildlichkeit des Menschen. Der Freiheit des Individuums steht immer das Recht des anderen auf Freiheit gegenüber. Jeder hat deshalb die Pflicht, die Auswirkungen seiner Entscheidungen auf andere im Blick zu behalten. Freiheit braucht Verantwortung und muss nach Gerechtigkeit streben. Dieser Dreiklang schränkt die Lebensmöglichkeiten des Einzelnen nicht ein, sondern erweitert sie, denn allein kann der Mensch nicht glücklich werden.

Ein Gemeinwesen, dessen Ausgangspunkt die zur Freiheit berufene Person und dessen Ziel die Entfaltung der Freiheit ist, ist notwendig der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Sein Erfolg bemisst sich daran, ob es gelingt, die gesellschaftlichen Strukturen so zu gestalten, dass allen immer wieder die Chance zur Entfaltung ihrer Freiheit und damit ihrer Fähigkeiten gegeben wird. Deshalb muss jedem Teilhabe ermöglicht werden. Dabei geht es nicht etwa um Gleichmacherei, mit Freiheit ist notwendigerweise auch Ungleichheit ver-



argum / Thomas Eberberger (M) Handelsblatt

bunden, die sich schon aus der Einmaligkeit der Person ergibt. Das darf jedoch kein Feigenblatt sein, um soziale Ungerechtigkeit hinzunehmen! Die Einzigartigkeit und Würde jedes Menschen verpflichtet dazu, jedem Möglichkeiten zu eröffnen, das Beste aus sich zu machen. Jeder Einzelne ist mit seinen Begabungen ein Gewinn für unsere Gesellschaft! Jeder Mensch ist nach christlichem Verständnis auch ein Geschenk Gottes an die ganze Welt.

Dies gilt umso mehr in einer Zeit, in der Lebens- und Berufsbiografien brüchig geworden sind. Wir Christen glauben, dass in jedem Scheitern die Möglichkeit des Neubeginns liegt. Das sollte auch der Anspruch einer freiheitlichen Gesellschaft sein. Sie muss solidarisch sein und Menschen vor den existenziellen Risiken der Freiheit absichern. Denn wer Angst hat, in einer Krise ins Bodenlose zu fallen, wird sich den Gefahren der Freiheit nicht wieder stellen, aber von dieser mündigen Bereitschaft des Einzelnen leben wir als Ge-

sellschaft. Es muss deshalb nicht nur einmal, sondern immer wieder die Möglichkeit zur Kursänderung geben.

Der Grundstock dazu wird am Anfang des Lebenswegs gelegt: Gute Erziehung und Bildung eröffnen den Kindern Chancen, ihr eigenes Leben freiheitlich zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Kinder müssen früh und umfassend unterstützt werden, damit sie in einem Umfeld aufwachsen können, das ihnen die Erfahrung eines guten Miteinanders, Freude am Lernen, an gesunder Lebensführung, musischer und kreativer Entwicklung vermittelt. Die meisten Eltern eröffnen ihren Kindern diese Möglichkeiten. Aber was ist, wenn das nicht gelingt? Wenn manche Eltern nicht erkennen, wie wichtig frühe Bildung und Sprachkompetenz für ihre Kinder sind? Wenn sie eine ungünstige schulische Entwicklung hinnehmen und nicht ändern? Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, die Kinder zu fördern und sie zu einem gelingenden Leben zu befähigen. Das entspricht den für die Katholische Soziallehre entscheidenden Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität.

In der Schulbildung darf nicht die soziale Herkunft den Bildungsweg vorherbestimmen. Wir brauchen mehr individuelle Förderung und eine höhere Durchlässigkeit des Schulsystems. Wir brauchen eine Förderung sowohl der Schwächeren als auch der Stärkeren. Das ist nicht einfach. Und es erfordert zunächst wieder das starke Bewusstsein, dass Kinder unsere Zukunft sind. Politische und gesellschaftliche Weichenstellungen müssen das als oberstes Kriterium beachten.

Der Staat wird deutlich mehr Geld in Bildung investieren müssen. Das wird nicht gehen, ohne zu überprüfen, wie die Mittel auf die einzelnen Bildungszweige verteilt

sind und wie sie nachprüfbar Bildung voranbringen. Dabei sollte der frühkindlichen Bildung besondere Priorität zukommen: Die finanzielle Förderung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Erziehung und Bildung ist aufs Ganze gesehen im Vergleich zu späteren Investitionen in Schule und Hochschule immer noch unterbewertet. Wir müssen die Bildungsinvestition vom Kopf auf die Füße stellen, um langfristig wieder eine Kultur zu stärken, in der Bildung und Arbeit Freude machen und sich lohnen - und zwar lebenslang.

Das wird auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, auf dem nach wie vor Geringqualifizierte schlechte Chancen haben. Oft sind sie auf geringfügige Beschäfti-



Denn es zählen nicht nur die Menschen, die erwerbstätig sind; jeder ist wichtig, keiner überflüssig. Der christliche Glaube stellt den Menschen in den Mittelpunkt.

gung oder Leiharbeit verwiesen. Viele Beschäftigte können ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig erwirtschaften oder für die Rente vorsorgen. Die Arbeitsmarktpolitik muss dem entgegenreten. Es sollte nicht hingenommen werden, wenn reguläre Arbeitsplätze in mehrere Minijobs aufgespalten werden oder wenn Lohnzuschüsse missbraucht werden. Vordringliches Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein, die Armut ausschließt, auch im Alter. Es muss alles getan werden, Menschen zu qualifizieren, damit sie ihren wichtigen Beitrag zur Gesellschaft auch im Berufsleben leisten können.

Menschen, die aus eigener Kraft auf dem Arbeitsmarkt nicht erfolgreich sein können, müssen Wege auch öffentlich geförderter Beschäftigung eröffnet werden, wo sie den ihnen möglichen Einsatz erbringen können. Denn es gilt: Es zählen nicht nur die Menschen, die erwerbstätig sind; jeder ist wichtig, keiner überflüssig. Aber unsere Gesellschaftsordnung misst der Lohnarbeit doch einen entscheidenden Stellenwert zu im Blick auf die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherung und die wichtige Anerkennung.

Der christliche Glaube stellt den Menschen in den Mittelpunkt: unbedingt und vor allem unersetzbar. Als Einzelperson und als soziales Wesen. Das wird für mich nichts so deutlich wie im Kind von Bethlehlem, das schutzlos in die Welt kommt. So wie jedes Kind. Weihnachten ist so das Fest der „kompromisslosen Menschlichkeit Gottes“. Die Kinder sind - um es in Anlehnung an Paul Kirchhof zu sagen - die Achillesferse unserer Gesellschaft. Wenn wir ihnen keine lebenswerte Zukunft zugehen und ermöglichen, ist auch unser Leben gefährdet. Dann aber werden wir uns selbst als freie Menschen nicht gerecht und geben das Streben nach Gerechtigkeit auf. Eine Gesellschaft kann nicht lebensfähig sein ohne Freiheit und Gerechtigkeit.

Der Autor ist Erzbischof von München und Freising. Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)



Wir glauben, dass in jedem Scheitern die Möglichkeit des Neubeginns liegt. Das sollte auch der Anspruch einer freiheitlichen Gesellschaft sein.